



»Trump ist ein Imperialist im klassischen Sinne«

Ein Gespräch mit Jean Ziegler. Über rechte Ideologien, die Rolle des Finanzkapitals und den kubanischen Sozialismus

faulheit & arbeit

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 24./25. AUGUST 2019, NR. 196 · 2,20 EURO (DE), 2,40 EURO (AT), 2,80 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Einen Sommer später

»Unteilbar«-Demonstration in Dresden. Chemnitzer Neonaziumtriebe weiterhin Normalität

3

In letzter Minute

356 Bootsflüchtlinge der »Ocean Viking« gehen nach EU-Verhandlungen in Malta an Land

6

Zerstritten wie nie

G-7-Gipfel in Biarritz: Keine Abschlusserklärung Japans und der Mächte des Westens. Kommentar

8

Vor 75 Jahren

Widerstand: Am 25. August 1944 befreite die Résistance Paris. Von Ullrich Schneider

12

»Das ist kein Feuer, das ist Kapitalismus«: Flammenmeer vernichtet Südamerikas Amazonasregion. Für Staatschef Bolsonaro interne Angelegenheit.
Von André Scheer



Brasilien brennt

Zündeln für die Wirtschaft: Bolsonaro puscht ohne Rücksichtnahme Großprojekte in der Amazonasregion

Die gigantischen Waldbrände in Südamerika entwickeln sich zu einer globalen Krise. Vor allem Zehntausende Großfeuer im Amazonasgebiet Brasiliens und die Reaktionen der dortigen Behörden darauf haben international für Empörung gesorgt. Nach offiziellen Angaben wurden im größten Land Südamerikas zwischen Januar und August knapp 73.000 Waldbrände registriert – fast eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

»Am Amazonas hat es schon immer gebrannt, besonders in den trockenen Monaten August und September, aber diesmal brennt es sehr viel mehr«, sagte der Fotograf Araquém Alcântara, der seit vier Jahrzehnten in der Region unterwegs ist, in einem am Donnerstag vom Internetportal *Brasil de Fato* veröffentlichten Interview. Die vom Menschen verursachte Zerstörung der Natur sei noch nie so dramatisch gewesen wie derzeit. »Das ist ein globales

Problem, eine Frage des Überlebens der Menschheit. Deshalb müssen wir Brasilianer den größten Wald der Erde verteidigen.«

Staatschef Jair Bolsonaro sieht das anders und betrachtet die Feuer als ein Problem, das nur sein Land etwas angehe. Nach Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der von einer »internationalen Krise« gesprochen hatte, warf ihm Bolsonaro vor, »eine interne Angelegenheit Brasiliens und anderer Länder der Amazonasregion zum eigenen politischen Vorteil zu instrumentalisieren«. Macron habe eine »kolonialistische Mentalität«.

Zuvor hatte der brasilianische Staatschef bereits Umweltschützer attackiert und beschuldigt. Nach Medienberichten darüber warf Bolsonaro der Presse vor, seine Äußerungen verfälscht zu haben, und legte zugleich nach: »Zu keinem Zeitpunkt habe ich die NGOs für die Feuer im Amazonasgebiet verantwortlich gemacht«, sagte

er am Donnerstag (Ortszeit) in Brasília. Jeder könne hinter den Bränden stecken, »aber die Hauptverdächtigen kommen von den NGOs«. Am Mittwoch hatte er Umweltschutzorganisationen vorgeworfen, die Brände gelegt zu haben, um sich für Mittelkürzungen zu rächen und einen »Krieg« gegen seine Regierung zu führen. Diese wiesen das als »absurd« zurück. Die Brände seien die Folge einer »Politik der Umweltzerstörung und der Unterstützung für die Agrarindustrie«, sagte Camila Veiga vom brasilianischen Dachverband der Nichtregierungsorganisationen im Gespräch mit der Nachrichtenagentur *AFP*.

»Das ist kein Feuer, das ist Kapitalismus«, kommentieren auch viele Nutzer in den »sozialen Netzwerken« die jüngsten Ereignisse. Dafür sprechen auch geleakte Dokumente der brasilianischen Regierung, die am Mittwoch von der Enthüllungsplattform *Open Democracy* veröffentlicht wurden. Nach

diesen Informationen will die Regierung mehrere wirtschaftliche Großprojekte vorantreiben, die dramatische Folgen für das Ökosystem der Amazonasregion hätten. Die Aktivitäten von Umweltschützern sowie die »Mobilisierung von Minderheiten« dagegen wertet das Regime demnach als gezielte Kampagne, um die eigene Handlungsfähigkeit zu untergraben.

Die Regierung Venezuelas, das selbst mit Tausenden Feuern zu kämpfen hat, bot in einem am Donnerstag (Ortszeit) veröffentlichten Kommuniqué den Nachbarländern Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Brände und zum Schutz der indigenen Gemeinden in den betroffenen Regionen an: »Die Völker Südamerikas sind vereint durch dieses Naturwunder, das verteidigt, geschützt und durch seine eigenen Bewohner in einer Weise entwickelt werden muss, die die zerbrechliche Umwelt und ihren Wert für das Naturerbe der Menschheit schützen.«

Putin: Gegenmaßnahmen auf US-Raketentest

Moskau. Die russische Kritik an dem ersten US-Raketentest seit dem Ausstieg aus dem Atomabrüstungsvertrag INF nimmt an Schärfe zu. Der Test zeige, dass die wahre Absicht der USA eine Stationierung verbotener Waffen in verschiedenen Teilen der Welt sei, erklärte Präsident Wladimir Putin am Freitag. Die von den USA ins Spiel gebrachte Verlegung neuer Raketen in die Asien-Pazifik-Region betreffe zudem wegen der geografischen Nähe russische Kerninteressen. Er habe deswegen das Militär angewiesen, die Bedrohungslage durch neue US-Raketen zu analysieren und entsprechende Gegenmaßnahmen vorzubereiten. Russland werde sich aber nicht in ein »kostspieliges, zerstörerisches Wettrennen« hineinziehen lassen. Die USA hatten kürzlich eine konventionell bestückte Mittelstreckenrakete getestet. Es war nach ihren Angaben der erste Test seit der endgültigen INF-Aufkündigung durch die USA Anfang August. (Reuters/jW)

US-Notenbank warnt vor Handelskonflikt



Jackson Hole. Die US-Notenbank Federal Reserve will nach den Worten ihres Chefs Jerome Powell (Foto) das weitere Wachstum der Wirtschaft mit »angemessenen« Maßnahmen stützen. Powell machte am Freitag jedoch keine konkreten Angaben zu möglichen weiteren Leitzinssenkungen. Die Zentralbank werde »angemessen handeln, um den Aufschwung zu stützen«, sagte der Fed-Chef in einer Rede vor Notenbankern und Ökonomen in Jackson Hole im Bundesstaat Wyoming. Powell betonte, das Wachstum der US-Wirtschaft sei weiter robust, es gäbe jedoch eine Verlangsamung und negative Einflüsse der globalen Wirtschaftslage. »Die Unsicherheit der Handelspolitik scheint in der globalen Abschwächung und den schwachen Produktions- und Kapitalausgaben in den USA eine Rolle zu spielen«, sagte Powell. (dpa/jW)

Neues Video zu Amri-Attentat

Untersuchungsausschuss des Bundestages will Beweismaterials auswerten

Unmittelbar nach dem Anschlag des mutmaßlichen Haupttäters Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 (*jW* berichtete) ist ein Video aufgenommen worden, das nun den Untersuchungsausschuss des Bundestages vor neue Fragen stellt. Um dieses und anderes Material sichten zu können, mussten die Ausschussmitglieder eineinhalb Jahre warten, wie der *Rundfunk Berlin-Brandenburg* am Freitag morgen berichtete. Dem Sender sowie dem *ARD*-Magazin »Kontraste«

liegt demnach ein 34 Sekunden langes Video vor. Es sei vom gegenüberliegenden Bikini-Haus aus 20 bis 30 Metern Entfernung zum Tatort und unter schlechten Lichtverhältnissen sowie teilweise stark verwackelt aufgezeichnet worden.

Seitens der Bundesanwaltschaft habe es geheißen, Videos seien »zeitnah« dem Ausschuss zur Verfügung gestellt worden, wie der *RBB* berichtete. Dabei hatte der Amri-Untersuchungsausschuss die Ermittlungsbehörde bereits im März 2018 zur Bereitstellung von Videobeweismitteln aufgefordert.

»Dass das erst jetzt kommt, irritiert maximal«, sagte Ausschussmitglied Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) dem Sender.

In den Bericht auf *rbb24.de* vom Freitag eingebettet, wurde das besagte Video nun veröffentlicht. Darauf ist der bereits in den Weihnachtsmarkt gelenkte Lkw zu sehen. Es zeigt mehrere Personen, von denen einige sich dem Lastwagen nähern. Laut *RBB* gelte es zu ermitteln, ob in der Aufzeichnung auch Anis Amri zu sehen ist, der in einem weiteren Video des Attentats bereits identifiziert worden sei. Auch

könnten einige der Menschen in dem nun veröffentlichten Video Komplizen Amris sein. »Es gibt seit langer Zeit gravierende Zweifel daran, ob Anis Amri ein Einzeltäter war, und dieses Video muss natürlich unter diesem Gesichtspunkt ausgewertet werden«, so der Grünen-Abgeordnete gegenüber dem Sender. Diesem teilten Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt laut Bericht schriftlich mit: »Aus der Aufzeichnung haben sich keine wesentlichen verfahrensrelevanten Erkenntnisse oder Ermittlungsansätze ergeben.« (jW)

jW wird herausgegeben von 2.208 Genossinnen und Genossen (Stand 29.7.2019)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902208



6 0034